

Buchbesprechungen

Jürgen Habermas, Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1998, 255 S., 19,80 DM.

Eine gerne gespielte Platte des deutschen Feuilletons ist die vom verschwun-

denen kritischen Intellektuellen. Die den Abgesang immer von neuem auflegen, würden als Berufsbezeichnung keine andere als die des angeblich untergegangenen Metiers akzeptieren. Einen „performativen Selbstwiderspruch“ nennt Jürgen Habermas so etwas. Er, der einer

ganzen Generation von Redakteuren die Stichworte liefert, dürfte ein neues in die publizierte Welt entlassen haben: die postnationale Konstellation.

Für Waren-, Geld- und Kapitalströme sind nationale Grenzen weitgehend bedeutungslos. Konzerne verlagern Produktionsstandorte und ihre Zentralen wie Privathaushalte ihren ersten Wohnsitz. Mit internen Verrechnungspreisen und einer geschickten Standortpolitik minimieren sie ihre Steuerzahlungen und maximieren die Umsatzrenditen. Die Arbeitslosigkeit steigt, das Steuereinkommen sinkt, die Sozialkassen sind überfordert; im Straßenbild der Städte sind die Chiffren sozialer Verwahrlosung unübersehbar. Wie aber aus diesem Teufelskreis ausbrechen? Die Epoche des Wohlfahrtsstaates scheint unwiderruflich zu Ende zu gehen, ein sozial rücksichtsloser Liberalismus wieder fröhliche Urständ zu feiern.

Wenn eine Gestalt der Weltgeschichte alt geworden ist, dann bleibt, nach Hegels berühmtem Wort, der Philosophie nichts, als ihr Grau in Grau zu malen. Sie liefert den Begriff der Sache. Damit bescheidet sich Habermas nicht. Zwischen seinen theoretischen und seinen politisch eingreifenden Schriften ragt keine chinesische Mauer auf. Er entfaltet die Grundzüge einer die globalen Märkte „einholenden“ und „einhegenden“ Politik. Denn wenn der Nationalstaat die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr regulieren könne, weil diese zum Weltmarkt geworden sei, müsse sich staatliche Regulierungskraft eben kosmopolitisch organisieren. Habermas postuliert eine neue weltwirtschaftliche Ordnung. Ein europäischer Bundesstaat ist ihm eine wichtige Etappe auf diesem Weg.

Keine Weltregierung ist damit gemeint, sondern ein internationales Vertragssystem, wofür die UNO und eine vom Dogma des Monetarismus befreite Weltbank Keimformen wären. Warum soll es keine Weltmarktprozesse steuernde Gipfelkonferenzen geben? Die Notwendigkeit einer solchen ökonomi-

schen „Weltinnenpolitik“ bringen die krisenhaften, Volten schlagenden Teilmärkte gegenwärtig stark zu Bewußtsein. Aber nicht einmal eine weltweite Transaktionssteuer auf Spekulationsgewinne ist zustande zu bringen.

Die Befürworter einer kosmopolitischen Ordnung sind, so Habermas, vor allem in den angelsächsischen Ländern zu finden, hierzulande erstarre die Diskussion in Provinzialismus. Der Titelessay ist vor der Bundestagswahl 1998 geschrieben und aus einem öffentlichen Gespräch mit Gerhard Schröder hervorgegangen. Der Ausgang der Wahlen bietet die Chance, die Oggersheimer Provinz hinter sich zu lassen und eine Politik, für die der Wunschkatalog des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Befehlscharakter hatte. Schröder und sein Kabinett täten gut daran, den Essay genau zu studieren. Hier wäre es zu finden, das neue „sozialdemokratische Projekt“.

Woher nimmt Habermas den Optimismus im Bezug auf einen europäischen Bundesstaat? Aus der Erkenntnis, daß ein Staatswesen nicht in einer organisch verstandenen Nation wurzeln muß. Was für die Nationenbildung galt, kann auch für Europa gelten. Staaten werden künstlich geschaffen, mehr als daß sie vorgefunden werden. Und seine Idee in weltbürgerlicher Absicht? Eine Nuklearanlage in der Ukraine, die birst, eine Regionalbörse in Kuala Lumpur, die falliert, verstärken das Gefühl einer Zwangssolidarität der Gattung.

Habermas ist aber nicht blauäugig. Hehren Ideen kommen nicht bloß korrekte Gefühle entgegen. Das zeigt sich in seiner in den Band aufgenommenen Laudatio auf Daniel Goldhagen. Was dessen Studie zum Gegenstand hat, ist für Habermas keineswegs längst Geschichte und für die Gegenwart ohne Bedeutung. „Über ein Gespinnst kultureller Fäden“ sind wir „mit Lebensform und Denkweise vergangener Generationen verknüpft“, schreibt er. Die Studie ermöglichte eine kritische Selbstvergewisserung

der Nachkommen. Zu den kritisch zu sichtenden Überlieferungen und Mentalitäten gehöre vor allem der Volksbegriff. Wie problematisch Herkunftsbezüge sind, zeigt der Autor in einem ebenfalls aufgenommenen Uni-Vortrag über die Historische Schule. Was zu Zeiten der Gebrüder Grimm einen durchaus progressiven Anstrich hatte und sich gegen die Kleinstaaterei des Feudalismus wandte, löste im deutschen Faschismus den Zivilisationsbruch aus.

Die gegenwärtige Welt ist von einer Zweideutigkeit gekennzeichnet: ein explodierender Welthandel läßt nationale Grenzen bedeutungslos werden; zugleich boomt der Nationalismus und sein organischer Volksbegriff. Eine schreckliche Alternative: hier fragmentierte, über Marktbeziehungen und funktionale Netzwerke koordinierte Gesellschaften - dort ethnisch gesäuberte Kollektive. Welche Akteure können einen Ausweg eröffnen? Habermas erwartet ihn weniger von den politischen Eliten als von einer europaweiten, ja weltweiten politischen Öffentlichkeit. Hier vergewissern sich politisch organisierte Bürger der Notwendigkeit, ökonomische Prozesse zu steuern und ihre sozialstaatlichen Sicherungssysteme zu schützen. Der Autor denkt dabei an Bürgerbewegungen und Interessenverbände, die sich einer gemeinsamen politischen Kultur zugehörig fühlen. Gewerkschaften sind damit gemeint, ihre Dachverbände und wohl auch die von ihnen betreuten Europäischen Betriebsratsgremien. Auch wenn diese nur über Informations- und Konsultationsrechte verfügen, sind solche Rechte unerlässlich, damit *global player* ihre nationalen Fabrikstandorte nicht allzu leicht gegeneinander ausspielen können.

Bei dem in den Band zusätzlich aufgenommenen Arbeiten handelt es sich um Zeitungsartikel oder den Nachdruck von Reden. Bloß Aufgewärmtes, ein Sammelsurium, so die FAZ in ihrem üblichen Reflex auf den Autor. Das trifft keineswegs zu. Gut, der Geburtstagsartikel zum Hundersten von Herbert Marcuse

kommt etwas gequält daher. Und der Vortrag vor der koreanischen philosophischen Gesellschaft erläutert zum wiederholten Mal das Verständnis von kritischer Theorie als einer Sackgasse, in die eine totalisierende Vernunftkritik führt. Aber die Zeitungsaufsätze zur Frage, ob das Klonen von Menschen erlaubt sein soll, stehen mit dem Leitmotiv des großen Essays in einem inneren Zusammenhang. Gegenüber den technologischen Möglichkeiten des Marktes darf Politik als regulierende Kraft nicht abdanken; Modernisierungsschübe müssen durch Reflexion eingeholt werden, sonst bleibt nur eine „verwilderte instrumentelle Vernunft“; moderne Gesellschaften bedürfen einer philosophisch unterfütterten Gesellschaftstheorie, um zu tragfähigen moralischen Urteilen zu kommen. Sein Urteil ist eindeutig: Das Klonen von Personen verletzt die Beziehung unter Gleichen. Es wäre ein technologisch erzeugtes Verhältnis von Sklavenhalter und Sklave. Die Antwort steht ganz in der Tradition der klassischen bürgerlichen Philosophie.

Ganz nebenbei läßt sich bei Jürgen Habermas noch etwas lernen: Philosophie ist doch etwas anderes als das, womit noch jeder Bügeleisenhersteller seine PR aufmotzt. Sich eine „Unternehmensethik“ zuzulegen und zugleich seine Beschäftigten (in den industriellen Sonderzonen Südasiens) wie kasernierte Soldaten zu halten, das ist schlicht unmoralisch.

*Peter Kern,
Frankfurt/M.*

Viviane Forrester, Der Terror der Ökonomie, Paul Zsolnay Verlag, Wien 1997, 216 S., 32 DM.

Johano Strasser, Arbeit. Essay, hrsg. von Andrea Wecker, Edition München, Wien/Linz/Weitere/ München 1997, 43 S., 15 DM.

Das Buch „Der Terror der Ökonomie“, geschrieben von der französi-

schen Essayistin und Literaturkritikerin Viviane Forrester, stand lange auf den vorderen Plätzen der Sachbuch-Verkaufslisten. In Frankreich soll die streitbare Autorin mehr als 300.000 Käufer gefunden haben. Was macht die Faszination dieses Buches aus? Welche Erkenntnisgewinne vermittelt es? Man wird einräumen müssen, daß die Autorin eine deutlichere Sprache spricht als es in den Feuilletons deutscher Zeitungen üblich. So wird nicht vom Primat des Ökonomischen geredet, sondern eben vom „Terror der Ökonomie.“ Es geht nicht um überwindbare Krisen, nein, die Autorin sieht „eine fundamentale Veränderung - und zwar nicht die einer einzelnen Gesellschaft, sondern die brutale Veränderung einer ganzen Zivilisation“. Wer es noch nicht wußte, Seite um Seite wird es deutlicher: money makes the world go round. Menschliche Bedürfnisse sind da nicht wichtig. Das eingesetzte Kapital will verzinst sein. Wer fragt da nach den Sozialkosten? Frau Forrester tut es. Sie jedenfalls registriert das Vordringen der Armut in die Zonen des Reichtums. Sie sieht das versteckte Elend und verteidigt couragiert den Eigenwert des Menschen, auch wenn ihm die Arbeit verweigert bleibt. Und einmal mehr wird sich in Forresters Streitschrift darum gesorgt, was aus einer Jugend ohne Arbeit werden soll, zumal es arbeitslose Jugendliche nicht gewohnt sind, den unfreiwilligen Zeitreichtum sinnvoll zu nutzen. Die Autorin jedenfalls kann sich in die Lage der Opfer des „Terrors der Ökonomie“ einfühlen. Das ehrt sie. Wer also noch einmal wissen will, wie es aussieht, wenn der Profit alles ist, kann es mit der gesteigerten Dosis gerechter Empörung bei Viviane Forrester nachlesen. Der politisch aufgeklärte Mensch, vor allem der mit dem Herzen auf dem linken Fleck, kann sich bestätigt fühlen und mag sein zustimmendes Wiedererkennen mit Ausrufungszeichen an den Rand notieren. Ja, wenn doch die Mai-Redner, die Pastoren, die Lehrer, die Journalisten und die vielen anderen Menschen guter Gesinnung das Böse vergleichbar eloquent aufzuspießen wüßten. Derartig beeindruckt,

konsumiert der Leser Kapitel um Kapitel und ist vielleicht auch gespannt auf Hinweise, wie denn nun diesem „Terror“ zu entkommen sei und wer oder was den „Terroropfern“ noch beistehen könnte. Doch hier versagt die „Jeanne d’Arc gegen die Kaufleute“, wie sie im Klappentext gerühmt wird. Ihr reicht es offenbar, die Ignoranz der ökonomischen Macht so kräftig beschimpft zu haben, wie sie deren Opfer bemitleidet. Der Leser mit Erfahrung aus dem Flugblattkrieg vor der Universitäts-Mensa kennt das schon aus den Hochglanzzeitungen und Info-Blättern der „Roten Zellen“. Ihnen ging es auch nie um das Verändern. Vielmehr sollte nur von Wolke sieben das schändliche Treiben mit edler Feder nachgezeichnet werden. Ob die dazu entfaltete Sicht stringent ist, ob nicht Elemente von Wirklichkeit ausgeblendet bleiben, dieser Verdacht wird auch bei der Lektüre des Forrester-Bestsellers schnell zur Gewißheit. Die Autorin bildet sich ihre „Terror-Welt“, wie sie sie sehen will, blendet aus, was nicht ins Schema paßt. Die Ecksteine ihres Argumentationsgebäudes werden nicht mehr hinterfragt. Eine ihrer fatalen Ausgangsannahmen ist jene vom allmählichen „Verschwinden der Arbeit“. So pauschal wird von der Abschaffung der Arbeitsplätze geredet, als sei das eine Zwangsläufigkeit. Natürlich gehen Arbeitsplätze verloren. Im Europa der EU suchen mittlerweile schon 18 Millionen Menschen eine neue Arbeit. Aber wird auf diese Weise „die Arbeit“ wirklich abgeschafft? Ist jeder aktuelle Arbeitslose in der Arbeitswelt auf Dauer überflüssig? Wenn Viviane Forresters Bild von dieser Wirklichkeit die eigentliche Wirklichkeit nun gar nicht genau trifft? Um so schlimmer für die Wirklichkeit, haben die früheren Besitzer der Weisheit ihren Zweifeln entgegengehalten. Wieso soll eigentlich die Arbeit ausgehen oder gar abgeschafft werden? Wird nicht weiter hin produziert, was andere brauchen und meistens ja auch kaufen wollen? Muß nicht wenigstens noch für das Essen, das Wohnen und für das gute bis askömmliche Leben irgendwo und irgendwas gearbeitet

werden? Wird nicht die gesamte gesellschaftliche Infrastruktur durch ein hochkompliziertes System von Arbeit in Gang gehalten? Werden nicht auch in Zukunft Bücher wie das der Viviane Forrester gedruckt und vertrieben? Ist das alles keine Arbeit? Nein, die These von der verschwindenden Arbeit ist nicht plausibel. Solange die Vertreibung aus dem Paradies fortwirkt, wird es in der einen oder in der anderen neuen Form immer Arbeit geben. Selbst der von der Autorin zu Recht kritisierte stupide Neoliberalismus räumt ja ein, Arbeit gäbe es genug, wenn die Menschen nur nicht so anspruchsvoll wären, sich für das Arbeiten auch noch anständig bezahlen lassen zu wollen. Je mehr Appel- und Ei-Entlohnungen wieder akzeptiert würden, desto mehr Arbeitsplätze entstünden, so jedenfalls das Glaubensbekenntnis der Hohenpriester des Neoliberalismus. Auch diese Denkschule will nicht wahrnehmen, was nicht ins Weltbild paßt.

Aber zurück zu dem, was die Autorin vielleicht gemeint haben könnte, aber wohl nicht konsequent genug durchdacht hat. Tatsache ist, mit immer geringerem Einsatz an menschlicher Arbeit kann heute immer mehr produziert werden, wenn es denn auch Absatz fände. Was kontinuierlich zurückgeht, ist die gesellschaftlich notwendige industrielle Arbeit, vorausgesetzt, es kommt nicht zum Erschließen völlig neuer Arbeitsfelder, z.B. über eine Art Marshallplan für Mittel- und Osteuropa oder für Afrika. Oder es kommt zur Entwicklung neuer Konsumgüter, zu neuen Weltraumprojekten oder gar - das wäre eine destruktive Alternative - zu neuen Rüstungsvorhaben. Doch auch der ökologische Umbau der Industriegesellschaft - das wäre der konstruktivste Weg - dürfte noch sehr arbeitsintensiv werden. Da die Produktivität der industriellen Arbeit ständig steigt, wird sich der Strukturwandel der Arbeit fortsetzen. Hundertfach ist das schon zutreffend beschrieben worden. Leider ist es in den entfalteten westlichen Industriegesellschaften nicht so, daß der Aufbau neuer Arbeit im glei-

chen Tempo erfolgt wie der Abbau alter Arbeit. Resultat: Wachsende Arbeitslosigkeit.

Für die Anhänger des neoliberalen Glaubens heißt die Parole „Löhne runter!“ und noch mehr Puderzucker für die Kapitalbesitzer und potentiellen Investoren. Mahner vor dem globalen „eve of destruction“ - wie Viviane Forrester - haben offenbar ein anderes Motto: Genieße den Tag, teile aber kräftige verbale Peitschenhiebe auf alles aus, was diesen Genuß beeinträchtigen könnte. Das trifft verdienftermaßen entweder die Gleichgültigen oder die Korrupten und bei Forrester eben jene „Terroristen“ hinter der Geldauspreßmaschine. Wer nach der Anklage der vermeintlich Schuldigen auch noch für Alternativen eintritt, dem geht es oft so wie im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“: Die scheinbar Klugen überbieten sich in Bewunderung der gar nicht vorhandenen neuen Kleider des Kaisers. Nur das Kind in seiner Naivität traut sich, die eigentlich für jedermann erkennbare Blöße auch zu benennen, findet aber keine Beachtung.

Die meisten, aber noch nicht alle Gewerkschaften, haben sich mit dem scheinbar vorgegebenen arrangiert: Vollbeschäftigung ist unmöglich, leiern ihre tibetischen Gebetsmühlen. Sobald jemand die Frage stellt, ob es trotz der enormen Steigerung von Arbeitsproduktivität überhaupt weiter sinnvoll ist, alle Menschen unter das Joch einer 40-, 35-, 32- oder 30-Stunden-Woche zu zwingen, um im relativen Wohlstand leben zu können, trägt ihm das von den Kritikern - angeführt von der Gemeinde des Neoliberalismus bis hin zu den Schleppenträgern der Macht in den Redaktionsstuben - nur Verhöhnung, Belehrung oder Abqualifizierung als Naivling ein. Bestenfalls bestätigt ihnen jemand, wie Viviane

Forrester, daß die Probleme wirklich verzweifelt schlimm sind. Daß es hingegen immer noch möglich wäre, die jeweils vorhandene, gesellschaftlich notwendige Arbeit anders - eben gerechter - zu verteilen, wird zur Außenseitermeinung abgestempelt. Und auch Viviane Forrester hält sich an die diesbezüglichen Denkverbote der diversen Krisenverschärfer und -dulder. Doch darf man es sich wirklich so einfach machen? Geht es wirklich nur darum, sich mit dem Mangel zu arrangieren oder ihn - wenn überhaupt - lediglich konsequenzfrei zu kritisieren? Ist es wirklich so, daß die einen nur untaugliche Rezepte haben und die anderen gar nicht mehr nach besseren suchen?

Ganz so ist es zum Glück nicht. Für Alternativen, die Viviane Forrester nicht sehen kann oder will, haben sich trotzdem stets viele Hunderttausende mit Erfolg engagiert, zum Beispiel für die Arbeitszeitverkürzung. Sie haben dabei gegen alle Denktabus und Widerstände den Mächtigen ihren Anteil an der gewachsenen Produktivität der Arbeit in Form von Arbeitszeitverkürzung abgetrotzt, oft in einer zu kleinen, allzu kleinen Dosis, das sei eingeräumt. Doch ohne die z.B. in der deutschen Metallindustrie schon erreichte 35-Stunden-Woche wären heute 300.000 Menschen zusätzlich arbeitslos. Statt immer mehr Menschen infolge der immer höheren Produktivität der Arbeit in die Arbeitslosigkeit zu treiben, könnten noch mehr kürzer arbeiten und dadurch sogar Lebensqualität hinzugewinnen. Statt sich mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu arrangieren oder sie für unvermeidlich zu halten, müßte Arbeit eben gerechter verteilt werden. Das wäre im übrigen keine Kapitulation vor dem „Terror der Ökonomie“, sondern im Gegenteil ein (!) Beitrag, die Auswirkungen des „Terrors“ zu begrenzen. Denn nicht die Arbeit geht uns aus, sondern offenbar der Mut, die Diktate der „terroristischen Macht“ zurückzuweisen und diese Macht durch

Gesetze, internationale Absprachen, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen in Schranken zu zwingen. Nun mag es ja sein, daß sich solche Gedanken, niedergelegt in gewerkschaftlichen oder politischen Programmschriften, nicht so gut lesen lassen wie bloße Problembeschreibungen einer Bestsellerautorin. Doch auch da böten sich Alternativen, zum Beispiel die des deutschen Essayisten Johano Strasser. Er hat es verstanden, auf nur 35 Textseiten mit seinem Essay „Arbeit“ auszusprechen, was Viviane Forrester auf 210 Seiten ignoriert: „Erwerbsarbeit für alle kann es, wenn überhaupt, in der modernen Gesellschaft wohl nur geben, wenn die durchschnittliche Arbeitszeit - sei es durch Verkürzung der Tages- oder Wochenarbeitszeit, durch Verlängerung des Urlaubs oder der Aus- und Weiterbildungszeiten, durch Erziehungszeiten oder Sabbat-Jahre - kontinuierlich reduziert wird.“ Strasser mutmaßt wohl richtig, „daß die Erwerbsarbeit allmählich an existentieller und lebensprägender Bedeutung für die Menschen verliert“. Jedenfalls für den, der sie noch hat. Das ließe Raum für die uneingelöste Hoffnung Hannah Arendts, daß die Menschen einen Teil ihrer dazugewonnenen Lebenszeit „auf die Wiederaneignung des Politischen verwenden, um Demokratie endlich zu dem werden zu lassen, was sie dem Begriff nach sein soll: Herrschaft des Volkes.“ Chancen dazu sieht Strasser und alle, die sie mit ihm wirklich sehen wollen, genug. Doch eines ist sicher: Diese Chancen werden verpaßt, wenn es beim bloßen Lamento über den „Terror der Ökonomie“ bleibt.

*Hans-Joachim Schabedoth,
Frankfurt/M.*